

Haushaltsrede 2009

„Was wir alleine nicht schaffen,
das schaffen wir dann zusammen.
Nur wir müssen geduldig sein,
dann dauert es nicht mehr lang.“
(Xavier Naidoo)

Meine Damen und Herren,

ein ähnlicher Song von Xavier Naidoo hat uns vor nicht allzu langer Zeit durch das Sommermärchen getragen. Die Euphorie in unserem Land ist jedoch zwischenzeitlich verblasst. Und der Weg, der vor uns liegt, wird in der Tat steinig und schwer. Zwar wird auch diese Krise, in der wir uns befinden, vorübergehen. Doch niemand kann derzeit sagen, wann. Die Welt, besser gesagt die Finanzwelt, ist ver-rückt, und das liegt leider nicht an der Faschingszeit. Sonst wäre ja am Aschermittwoch alles vorbei und wir könnten beruhigt zur Tagesordnung übergehen. Die Menschen und die Unternehmen plagen Zukunftssorgen und aufgrund der täglich eingehenden schlechten Nachrichten gleicht der Alltag für uns alle momentan einem Hindernislauf. Das ist frustrierend, deshalb tut Motivation not, und sei es bloß in Form eines guten und tiefgründigen Songs. Wer ist Schuld an dieser Krise und wo sind die vielen Milliarden, die weltweit verbrannt wurden? Diese Fragen werden mir dieser Tage immer

häufiger gestellt. Nun, die Schuldfrage ist das eine, die viel wichtigere ist, was die Regierungen dieser Welt unternehmen, um die Finanzmärkte zu stabilisieren und um dafür zu sorgen, dass sie künftig besser kontrolliert werden. Die politischen Signale hierzu bewerte ich durchaus als positiv. Die menschliche Gier wird sich allerdings nicht heilen lassen und ein Großteil des verbrannten Geldes war real nie wirklich vorhanden, es stand nur in den Büchern, wenn überhaupt.

Aber bleiben wir konkret: Wie wirkt sich die Krise auf unsere Gemeindefinanzen aus, was können wir beeinflussen und was ist zu tun?

Seit November haben wir 1,3 Mio. € an Gewerbesteuern verloren. Durch den kommunalen Finanzausgleich und die guten Einnahmen 2007 haben wir dieses Jahr weitere Verschlechterungen um rd. 800.000 € zu verkraften. Unsere im vergangenen Jahr beschlossene Bildungsoffensive schlägt mit künftig jährlich 200.000 € zu Buche. Letzteres ist für mich allerdings eine sinnvolle Investition in die Zukunft und deshalb alternativlos. Neben Sofortmaßnahmen zur Gegensteuerung brauchen wir eine längerfristige Strategie, bei der es nicht nur darum gehen kann, Beträge zu kürzen und ansonsten unsere Augen zu verschließen. Wir brauchen weiterhin eine angemessene strukturelle Aufgabenkritik und müssen uns die Frage stellen, welche öffentlichen Einrichtungen in Dettingen eine Zukunft haben und auch wie hoch der Anteil sein kann, den

die Nutzer an der finanziellen Last tragen müssen. Eines ist klar: Vor kurzem noch sicher geglaubte Steuereinnahmen wird es in nächster Zukunft immer weniger geben. Trotzdem erwarten Politik und Gesellschaft von uns erhebliche Zukunftsinvestitionen, gerade im Bildungsbereich. Dass dies schon immer ein Spagat war, wissen wir. Die Frage ist, wie weit Muskeln und Sehnen dehnbar sind und wie wir uns dafür fit machen.

In den vergangenen 3 Monaten mussten wir unseren Haushaltsentwurf mehrfach über den Haufen werfen. Gestartet sind wir mit einem Defizit im Verwaltungshaushalt von rd. 900.000 €. Nach drei Sparrunden im Gemeinderat stehen wir nun noch mit rd. 340.000 € im Minus. Von den 520.000 €, die wir herausgeschwitzt haben, entfallen 85 % auf Ausgabenkürzungen, 15 % oder 80.000 € sind Gebühren- und Steuererhöhungen, an denen leider kein Weg vorbeiführt. Unter den Tagesordnungspunkten 3 bis 6 der heutigen Sitzung werde ich im Detail näher darauf eingehen.

„Was wir alleine nicht schaffen, das schaffen wir dann zusammen...“.

Das heißt für mich, die Last auf möglichst viele Schultern und abhängig von der Leistungskraft des Einzelnen zu verteilen. Daraus ergibt sich zwingend eine klare Rangfolge der einzelnen Maßnahmen:

1. Sparen
2. Gebühren anpassen, und erst dann ...
3. Steuern erhöhen

Daneben aber auch

- Maßvoller Verkauf von Baugrundstücken als sog. „Ersatzdeckungsmittel“ und
- Aufgabenkritik: Standards, Leistungen, Bestand von öffentlichen Einrichtungen

Es ist mir ein großes Bedürfnis, dem Gemeinderat, Ihnen, meine Damen und Herren, ein großes Lob und aufrichtig Dank zu sagen für die gemeinsame offene und konstruktive Arbeit in den letzten drei Monaten, für den Sitzungsmarathon und das von Ihnen allen gezeigte Rückgrat, wenn es darum geht, unliebsame Einschnitte vorzunehmen. In großem Einvernehmen haben wir es letztendlich geschafft, mit Sofortmaßnahmen das Allerschlimmste zu verhindern. In das Lob möchte ich ausdrücklich alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Freiwillige Feuerwehr sowie die ev. Kirchengemeinde als Trägerin des Kindergartens Regenbogen einschließen. Alle Akteure wurden von uns zeitnah informiert und ziehen mit uns an einem Strang. Dies ist nicht selbstverständlich und deshalb eine Erwähnung wert. Gleichmaßen bitten wir um Verständnis und hoffen auf Unterstützung bei allen Betroffenen. Wir wollen miteinander versuchen, im Laufe des Jahres weitere Einsparungen bei den Sachkosten zu erzielen und werden alle Akteure und die Bürgerschaft angemessen an diesem Prozess beteiligen.

Soweit zu den Sofortmaßnahmen. Doch die Arbeit ist damit noch lange nicht zu Ende. Und auch nicht die Krise. Wir müssen die Kostenstruktur aller öffentlichen Einrichtungen untersuchen und verbessern. Neben nachhaltigen Einsparungen müssen die Gebühren dort angepasst werden, wo es notwendig und vertretbar ist, und zwar insbesondere dort, wo der Kostendeckungsgrad im Vergleich mit anderen Gemeinden deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Einzelne Ideen, z. B. das Stichwort „Duschgeld in der Sporthalle“, wurden in der Sparkommission bereits genannt. Hier habe ich an Sie die dringende Bitte, dass Sie in Ihren Haushaltsreden weitere Prüfungsaufträge an die Verwaltung formulieren. Wir werden die entsprechenden Daten entscheidungsreif aufbereiten.

Nebenbei möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass wir in den vergangenen 7 Jahren 10 Vollzeitstellen bei der Gemeindeverwaltung eingespart oder nicht besetzt haben (Quelle: Statistisches Landesamt). Das halte ich für beachtlich. Die Arbeit wurde ja nicht weniger.

Letztendlich aber lassen sich nachhaltige Verbesserungen grundsätzlich nur erzielen, wenn Leistungen eingeschränkt, Preise erhöht oder, als letztes Mittel, Einrichtungen geschlossen werden. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, müssen wir ganz offen und ehrlich über die Zukunft unseres Hallenbades nachdenken. Trotz der Verpachtung und trotz

vorbildlichem Bürgerengagement von vielen Menschen, die im Förderverein Hallenbad organisiert sind oder mit Spenden helfen, unser Bad zu erhalten, bleibt es bei einem jährlichen Defizit von einer viertel Million Euro. Das Bad ist sehr beliebt, fast rund um die Uhr belegt und hat einen vergleichsweise sehr guten Kostendeckungsgrad. Und wir sind sehr stolz darauf, seit nunmehr 34 Jahren. Die Verantwortlichen des Fördervereins haben sich die Hacken abgelaufen und erreicht, dass mit Vereinsvermögen und Spenden vor kurzem die defekten Fensterscheiben auf der Westseite ausgetauscht werden konnten. Dafür gebührt Ihnen ein herzliches Dankeschön und ein großes Lob. Besser geht's nicht. Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung wollen wir an unserem Ziel weiterhin festhalten. Derzeit sind wir mit anderen Kommunen im Gespräch, um durch Kooperationen, z. B. beim Einkauf oder Betrieb, noch wirtschaftlicher zu werden. Aber was ist, meine Damen und Herren, wenn die Technik, die in die Jahre gekommen ist, morgen streikt? Wenn die Lüftungsanlage ihren Geist aufgibt und die Erneuerung eine viertel Million verschlingen würde? Oder wenn in der Nachbarschaft ein neues, noch schöneres und moderneres Bad seine Pforten öffnet und unsere Kunden weiterziehen? So schwer es fällt, wir brauchen einen Plan B in der Tasche, weil es nicht zuletzt um das Geld, um die Steuern, unserer Bürgerinnen und Bürger geht – und weil das Hallenbad nach dem Gesetz als „Freiwillige Aufgabe“ gilt und voraussetzt, dass wir unsere „Pflicht“ jederzeit erfüllen können. Das wird eine Gratwanderung!

Meine Damen und Herren, nach der reinen Lehre soll sich die öffentliche Hand antizyklisch verhalten, d. h., in Zeiten des Abschwungs investieren. Ich fürchte, dass wir dieser Aufgabe bis auf Weiteres nicht annähernd gerecht werden können. Würden wir alle geplanten Investitionen tätigen, wären unsere bescheidenen Rücklagen auf Null. Aufgrund der erheblichen Risiken, mit denen die aktuellen Prognosen behaftet sind, wäre dies unverantwortlich. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung ist ein wichtiger und richtiger Schritt. Und wir wollen auch nicht undankbar sein. Wir reden jedoch über maximal 200.000 € für unsere Gemeinde in 3 Jahren. Außerdem habe ich die Sorge, dass die Kriterien für die Gewährung nicht praxistauglich sind. Trotzdem wir unsere Bedenken in vielfältiger Weise und persönlich rechtzeitig bei den Abgeordneten des Bundes- und Landtages vorgebracht haben, hat sich am nunmehr beschlossenen Regelwerk leider nichts Wesentliches geändert. Förderfähig sind nur Maßnahmen in den Bereichen Bildungsinfrastruktur und sonstige Infrastruktur, allerdings ohne z. B. Straßenbau, Abwasser oder Friedhof. Zusätzliche Maßnahmen sind nach dem Gesetzeswortlaut darüber hinaus nur solche, mit denen die Investitionsausgaben der Jahre 2006 bis 2008 (bei uns jährlich 840.000 €) überschritten werden. Obwohl die Bundesregierung das Ziel formuliert hat, 50 % der Fördermittel an finanzschwache Kommunen geben zu wollen, erreicht man mit diesen Vorgaben nach heutigem Stand gerade das Gegenteil. Diejenige

Kommune, die aktuell einen Steuereinbruch zu verzeichnen hat, ist weder in der Lage, so viel zu investieren wie in den letzten 3 Jahren, noch die notwendigen Eigenmittel für diese zusätzlichen Investitionen aufzubringen. Eine Kreditfinanzierung scheidet in unserem Fall derzeit ebenso aus, weil das Kommunalamt uns bereits deutlich zu verstehen gab, dass wir wegen der finanziellen Schieflage keine Genehmigung dafür bekommen. Unsere letzte Hoffnung ist nun, dass diese Regeln vom Land im Rahmen des Vollzugs erheblich gelockert werden. Sonst, befürchte ich, werden wir leer ausgehen und nur diejenigen Kommunen profitieren, die ohnehin aufgrund üppiger Steuereinnahmen und hoher Rücklagen dazu in der Lage wären.

Im Vermögenshaushalt haben wir, allerdings mit Sperrvermerk versehen, die Neugestaltung des Bahnhofsplatzes veranschlagt. Eine Freigabe kann im Laufe des Jahres nur durch den Gemeinderat erfolgen. Dazu müsste sich unsere finanzielle Lage stabilisieren, aber auch der von uns gestellte Aufstockungsantrag beim Land genehmigt werden.

Die Sanierung des Kunstrasenplatzes ist ebenfalls abhängig von der wirtschaftlichen Situation und davon, ob die beantragten Mittel für Sportförderung bewilligt werden und/oder Mittel aus dem Konjunkturpaket genutzt werden können. Bei beiden Maßnahmen ist bislang ebenfalls noch nicht klar, in welcher Weise Fördermittel des Landes aus bekannten

Programmen ergänzt werden können um Mittel aus dem Konjunkturpaket des Bundes, oder ob sich diese Förderungen gegenseitig ausschließen. Die Erweiterung unseres Friedhofs jedoch ist eine Pflichtaufgabe und muss aus Kapazitätsgründen in einem ersten Bauabschnitt in diesem Jahr zwingend umgesetzt werden.

Das Bildungshaus, meine Damen und Herren, muss in dieser Situation leider warten. Es wäre ein Befreiungsschlag – pädagogisch und wirtschaftlich. Das tut mir am meisten weh.

Details zum Haushalt 2009 wird Ihnen nun Herr Neubauer vorstellen.

Beratung Gemeinderat 16. März

Beschluss Gemeinderat 06. April

Zur Beratung in Ihren Fraktionen stehen Ihnen Herr Neubauer und ich gerne zur Verfügung.

Vielen Dank!

Es gilt das gesprochene Wort